

EU-NACHRICHTEN

KURZ & KNAPP

Ursprungsbezeichnung

Kommission unterstützt
EuGH-Beschluss zu Israel
Seite 3

IM FOKUS

Neue EU-Kommission

Von der Leyens Team steht
Seite 4

Eurobarometer

Mehrheit sieht
EU-Handelspolitik positiv
Seite 6



Die künftige EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen stellte in Berlin ihre Vision für ein Europa von morgen vor.

© Kay Nietfeld/dpa-Bildfunk

REDE URSULA VON DER LEYENS IN BERLIN

„Europa braucht Gestaltungsmut“

In einer Grundsatzrede zum 30. Jahrestag des Mauerfalls hat Ursula von der Leyen in Berlin vor ihrem Amtsantritt als EU-Kommissionspräsidentin ihre Vision für ein Europa von morgen beschrieben. „Ein wiedervereinigtes Deutschland war damals ohne den europäischen Rahmen für viele Nachbarn nicht denkbar. Die Stärke der gemeinsamen Idee hat uns damals getragen. Das dürfen wir auch mit Blick auf die Zukunft nicht vergessen“, sagte die gewählte Kommissionspräsidentin.

> Deutsche und Europäer bräuchten heute wieder so einen „Gestaltungsmut wie vor 30 Jahren“, um die Herausforderungen des Klimawandels und der Digitalisierung zu bewältigen. „Die Kraft der Idee Europa ist ungebrochen“, sagte von der Leyen und sprach sich für eine „strategische Erweiterungspolitik“ auf dem westlichen Balkan aus. „Es gibt keine Herausforderung für Europa, die nicht mit den Stärken Europas bewältigt werden kann“, sagte die neue Kommissionspräsidentin.

In einer Welt, in der das relative Gewicht Europas abnimmt, wären viele EU-Mitglieder allein zu schwach, um mit den USA wirkungsvoll über Zölle zu verhandeln. „Zusammen aber sind wir 500 Millionen

und machen 40 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts aus. Gemeinsam sind wir die größte Handelsmacht der Welt. Gemeinsam können wir Handelsabkommen aushandeln, die nicht nur unserer Wirtschaft nützen, sondern mit denen wir auch unsere Werte durchsetzen“, sagte von der Leyen.

In der Digitalisierung stehe in den USA traditionell der Markt an erster Stelle, in Asien oft der Staat. „Europa dagegen hat eine lange Tradition, den Einfluss von Regierung und Markt in Einklang zu bringen und dabei dem Individuum besondere Priorität einzuräumen. Diese kulturelle Prägung ist Europas großer Vorteil bei der Gestaltung des digitalen Zeitalters“, so die gewählte Präsidentin. >>

EU-HAUSHALT 2020

Mehr Investitionen in den Klimaschutz

Rat und EU-Parlament haben auf der Grundlage des Vorschlags der Kommission eine vorläufige Einigung für den EU-Haushalt 2020 erzielt. Die Übereinkunft sieht Auszahlungen von 153,6 Mrd. Euro vor. Rund 21 Prozent sollen demnach für mehr Klimaschutz eingesetzt werden. Hinzu kommen unter anderem 13,46 Mrd. Euro für das Forschungsprogramm Horizon 2020 (plus 8,8 Prozent) sowie weitere Milliarden für Energieprojekte.

Der neue Haushalt „wird helfen, Jobs zu schaffen, dem Klimawandel zu begegnen und Investitionen in ganz Europa zu fördern“, erklärte Haushaltskommissar Günther Oettinger. Die vorläufige Einigung muss noch von Rat und Parlament formell bestätigt werden.

■ [Weitere Informationen](#)

“ Es gibt keine Herausforderung für Europa, die nicht mit den Stärken Europas bewältigt werden kann. ”

Ursula von der Leyen

- >> Einen großen Teil ihrer Rede widmete von der Leyen der Klimapolitik. „Genauso wie wir nun auf das Jahr 1989 blicken, wird die nächste Generation uns in 30 Jahren daran messen, ob wir heute Gestaltungsmut für morgen beweisen. Der Auftrag der jungen Menschen, die heute auf den Straßen demonstrieren, ist ganz unmissverständlich: Es ist unsere Verantwortung, den Klimawandel zu bekämpfen und ihnen einen lebenswerten Planeten zu übergeben“, sagte von der Leyen. „Wir können und müssen es schaffen, dass Europa bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent ist. Europa kann Trendsetter werden. Wenn wir der Kraft der gemeinsamen Idee vertrauen und entschlossen handeln.“

„Europa muss Sprache der Macht lernen“

Europa habe etwas, was unschätzbar ist: Rechtsstaat, Freiheit, Demokratie, Offenheit für viele Lebensentwürfe – „das finden junge Menschen nicht in China oder Russland“, sagte von der Leyen. Europa könne seine vorhandene Kraft gezielter einsetzen, wo es um europäische Interessen geht. „Ja, China ist ein wichtiger Handelspartner für Europa. Aber umgekehrt ist die EU der größte Handelspartner für China. Wir können die Bedingungen beeinflussen, zu denen wir Geschäfte machen – und wir tun dies längst.“

Europa müsse mit dem Blick auf die äußeren Interessen strategischer werden, sagte von der Leyen, die schon zuvor ihr Team als „geopolitische Kommission“ angekündigt hatte. „Europa muss auch

die Sprache der Macht lernen“, so die gewählte Präsidentin.

In der Debatte über eine Erweiterung der EU sprach sich von der Leyen für eine Aufnahme Nordmazedoniens und Albanien in die Europäische Union aus. „Wir haben viel verlangt von Nordmazedonien und Albanien, sie haben das alles erfüllt – jetzt müssen wir auch zu unserem Wort stehen und Beitrittsgespräche beginnen“, mahnte von der Leyen. Ein entsprechender Beschluss der Staats- und Regierungschefs war auf dem EU-Gipfel im Oktober am Veto Frankreichs und anderer Staaten gescheitert. Der scheidende Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hatte dies als „schweren politischen Fehler“ bezeichnet.

Ursula von der Leyen stellte auch einen Neustart in der Migrationspolitik in Aussicht: „Ich habe seit dem Sommer viele Gespräche mit europäischen Staats- und Regierungschefs geführt. Allen ist klar, dass Europa nicht so weitermachen kann. Auch denjenigen, die den Verteilmechanismus blockieren, ist klar, dass das Phänomen der Migration für uns alle nicht einfach weggeht. Die gute Nachricht: Sie wollen zurück an den Tisch und über nachhaltige Lösungen sprechen. Und ihnen ist auch klar, dass jeder Mitgliedstaat zu dieser Lösung solidarisch beitragen muss. Ich glaube, dass es ein Fenster für einen Neustart beim Thema Migration gibt.“

Zum Abschluss ihrer Rede in Berlin sagte von der Leyen: „Vor 30 Jahren hatten die Menschen den Mut, die Unfreiheit zu überwinden und Zukunft zu wagen. Genauso brauchen wir jetzt Mut für Europa: Mut für ein Europa der Freiheit. Mut für ein Europa, das sich zu seinen Werten bekennt. Mut für ein Europa, das seine Zukunft beherzt in die Hand nimmt.“ (pr) >|

■ Die Rede im Wortlaut

Die künftige Präsidentin und die Kanzlerin: Ursula von der Leyen und Angela Merkel in Berlin



© Kay Nietfeld/dpa-Bildfunk



AUSLEGUNG DER REGELN ZUR URSPRUNGSBEZEICHNUNG

Kommission unterstützt EuGH-Beschluss

Die EU-Kommission hat Kritik an einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs zur Kennzeichnung für Lebensmittel aus israelischen Siedlungen im Westjordanland und anderen von Israel besetzten Gebieten zurückgewiesen. „Die Politik der Europäischen Union, die Herkunft von Produkten aus illegalen Siedlungen in besetzten Gebieten anzugeben, basiert auf dem Völkerrecht und kann deshalb nicht diskriminierend sein“, erklärte eine Sprecherin der Kommission in Brüssel. Die Kennzeichnungspflicht habe nichts mit Judenfeindlichkeit zu tun, zumal die Europäische Union „sich entschieden gegen jede Form von Antisemitismus stellt“. Zuvor hatte der Europäische Gerichtshof die seit 2015 vertretene Auffassung der EU-Kommission bestätigt. Demnach müssen landwirtschaftliche Produkte wie Wein, Obst oder Gemüse aus israelischen Siedlungen im Westjordanland und anderen von Israel besetzten Gebieten in der EU als solche ausgewiesen werden.

Nach Auffassung der Luxemburger Richter sei nach EU-Recht „das Ursprungsland oder der Herkunftsort eines Lebensmittels anzugeben“. Die EU-Kommission betonte, dass die Europäische Union und Israel „sehr enge Partner“ seien. Jegliche Form von Sanktionen gegenüber Israel lehnte die EU-Kommission entschieden ab.

■ *Das Urteil des EuGH*

FÖRDERPOLITIK

EIB wird Klimabank

Die Europäische Investitionsbank (EIB) passt ihre Förderrichtlinien an und wird zur weltgrößten Klimabank. „Wir werden die Finanzierung von Projekten mit fossilen Brennstoffen einstellen und die ehrgeizigste Klima-Investmentstrategie aller Finanzinstitute vorlegen“, sagte EIB-Präsident Werner Hoyer. Die EU-Kommission unterstützt die neuen Förderrichtlinien. „Dies wird der EU-Förderbank helfen, eine vollständige Angleichung an die Pariser Klimaziele zu erreichen“, hieß es in einer Mitteilung der Kommission.

Von 2021 an wird die Investitionsbank keine Projekte mehr finanzieren, die auf fossile Energieträger wie Erdgas setzen. Bis 2030 will die EIB Klimaprojekte im Umfang von 1 Billion Euro fördern. Bereits zwischen 2013 und 2018 hatte das Institut nachhaltige Projekte mit einem Volumen von 28 Mrd. Euro gefördert. Im selben Zeitraum waren noch 13,5 Mrd. Euro in Projekte mit fossilen Energieträgern geflossen. In Kohleprojekte hatte die EIB schon seit längerem nicht mehr investiert.

■ *Die neue Förderpolitik der EIB*

VERKEHRSEMISSIONEN

Einigung über Kennzeichnung von Reifen

Umweltfreundliche Reifen werden künftig besser gekennzeichnet und lassen sich somit auf ihren Rollwiderstand oder Lärmemissionen besser vergleichen. Einer entsprechenden Initiative der EU-Kommission haben die Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament zugestimmt. „Durch den Umstieg auf die energieeffizienten Reifen können die europäischen Bürger ihren Kraftstoffverbrauch deutlich senken, Geld sparen und die Umwelt schonen“, sagte der für Klima und Energie zuständige EU-Kommissar Miguel Arias Cañete.

Die EU-Kommission hatte die neue Verordnung zur Kennzeichnung von Reifen 2018 im Rahmen des Pakets für saubere Mobilität vorgeschlagen. Durch die neue Regelung ist die Kennzeichnung der Reifen besser ersichtlich, zukunftstauglicher und genauer. Zudem wird das neue Design des Reifenlabels an das bekannte EU-Energielabel angeglichen. „Indem wir in allen Bereichen unseres Lebens energieeffizienter handeln, können wir unsere Energierechnungen senken und unsere Energieeinfuhren verringern“, erklärte Cañete.

■ *Das neue Reifenlabel*

KMU

Juncker-Plan fördert Online-Kredite für Mittelstand in Deutschland

Der Europäische Investitionsfonds (EIF) investiert in Deutschland 30 Mio. Euro in kleine und mittlere Unternehmen und beteiligt sich damit als Ankerinvestor an einem neuen Kreditfonds, der creditshelf Aktiengesellschaft, einem Vorreiter der Online-Finanzierung mittelständischer Unternehmen hierzulande. „Kleine und mittlere Unternehmen sind die wichtigsten Motoren für die Wirtschaft der EU. Wir müssen sie mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln fördern. Dank der Investition des EIF im Rahmen des Juncker-Plans können 150 deutsche KMU Wachstumsfinanzierungen beantragen“, sagte der zuständige Kommissionsvizepräsident Valdis Dombrovskis. Insgesamt sollen bis 150 Mio. Euro zusammenkommen, so Dombrovskis. Die Investition des EIF ist durch den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) – das Kernstück der Investitionsoffensive für Europa („Juncker-Plan“) – besichert.

■ *Mehr zum Investitionsprogramm*

NEUE EU-KOMMISSION

Kommissionspräsidentin von der Leyen und ihr Team können am 1. Dezember starten

Die neue EU-Kommission der gewählten Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen soll am 1. Dezember ihre Arbeit aufnehmen. „Wir können nach den Anhörungen der Kandidaten im Europäischen Parlament mit dem Prozess fortfahren“, sagte Parlamentspräsident David Sassoli und kündigte an, dass die Europaabgeordneten am 27. November in Straßburg über das neue Kommissarskollegium abstimmen werden.



© European Union, 2019 – Source: European Parliament

Parlamentspräsident David Sassoli verkündete den Abschluss des Nominierungsprozesses.

> Nach einem Austausch mit den drei designierten Vizepräsidenten der Kommission, Frans Timmermans, Margrethe Vestager und Valdis Dombrovskis, hat die Konferenz der Präsidenten des Parlaments ihre abschließende Bewertung der Anhörungen aller designierten Kommissionsmitglieder durchgeführt und erklärte die Anhörungen für offiziell abgeschlossen.

Am 1. Dezember folgt auch der frühere belgische Regierungschef Charles Michel als neuer EU-Ratspräsident Donald Tusk nach. „Das Ende der Nominierung ist auch der Start einer neuen Legislatur- und Gesetzesperiode“, erklärte Sassoli vor Journalisten in Brüssel.

Zustimmung für drei weitere Kommissare

Zuvor hatte das Europäische Parlament auch die künftigen EU-Kommissare für Binnenmarkt, Thierry Breton, und Verkehr, Adina Vălean, sowie für Erweiterung und Nachbarschaftspolitik, Olivér Várhelyi, bestätigt. Mit der Bestätigung der drei noch ausstehenden Bewerber für die neue EU-Kommission durch das Europäische Parlament ist von der Leyens Team komplett. Der frühere französische Finanzminister Thierry Breton wird als EU-Kommissar im Team von Ursula von der Leyen die Verantwortung für den Bereich Binnenmarkt übernehmen. Er habe „radikale Entscheidungen“ getroffen und sich von Aktienanteilen getrennt, um seine Unabhängigkeit zu unterstreichen, erklärte der ehemalige Unternehmenschef Breton vor den Europaabgeordneten.

„Sein Kompass wird das allgemeine europäische Interesse sein“, bekräftigte Breton. Er wird in der neuen Kommission für die Bereiche Binnenmarkt, Digitales, Verteidigung und Weltraum zuständig sein.

Auch Verkehrskommissarin Adina Vălean aus Rumänien erhielt die Zustimmung der Europaparlamentarier. Sie bekannte sich in der Anhörung vor dem Europäischen Parlament zum „Green Deal“, dem Vorhaben der neuen EU-Kommission, die Europäische Union bis 2050 klimaneutral zu gestalten. Dazu müssten die Emissionen aus dem Verkehr bis dahin um rund 90 Prozent sinken, auch wenn der Güterverkehr in diesem Zeitraum um geschätzte 53 Prozent und der Personenverkehr um rund 35 Prozent ansteigen würden, erklärte Vălean.

Die gewählte Kommissionspräsidentin von der Leyen hatte den Klimaschutz neben der Digitalisierung zur Priorität ihrer Amtszeit erklärt. Der Erste Vizepräsident der Kommission, Frans Timmermans, soll in den ersten hundert Tagen einen „Green Deal“ vorlegen. Dem Verkehr kommt dabei eine Schlüsselrolle zu.

Bereits auf dem EU-Gipfel am 12. und 13. Dezember in Brüssel wird die neue Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen mit den Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten über den neuen mehrjährigen Finanzrahmen der EU für die Jahre 2021 bis 2027 beraten. Schwerpunkte sind die Ausgaben für Forschung und Entwicklung sowie der Klimaschutz. Von der Leyen hatte zudem angekündigt, die Haushaltsmittel für den Europäischen Auswärtigen Dienst aufzustocken. Auch sollen die Mittel für das Austauschprogramm Erasmus+ von 15 Mrd. Euro auf 45 Mrd. Euro erhöht werden. Die Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament wird der neue Haushaltskommissar Johannes Hahn führen. Der bisherige Kommissar für Erweiterung und Nachbarschaftspolitik behält aber weiterhin auch die Zuständigkeit für die Verhandlungen über die bilateralen Beziehungen mit der Schweiz, bestätigte ein Kommissionssprecher. Der designierte Kommissionsvizepräsident Margaritis Schinas wird künftig für die Förderung der europäischen Lebensweise zuständig sein. (pr) >|

Die neue Kommission

Verfahren gegen London

Als Hüterin der Verträge hat die Europäische Kommission ein förmliches Aufforderungsschreiben an das Vereinigte Königreich gerichtet, da es keinen Kandidaten für das Amt eines EU-Kommissars vorschlägt. Die britische Regierung hat nun bis zum 22. November Zeit, Stellung zu nehmen.

Das Vereinigte Königreich sieht sich wegen der Wahlen am 12. Dezember nicht in der Lage, einen Kandidaten zu benennen. Die EU-Kommission verweist darauf, dass sich ein Mitgliedstaat nicht auf Bestimmungen seiner innerstaatlichen Rechtsordnung berufen kann, um die Nichteinhaltung von Verpflichtungen aus dem Unionsrecht zu rechtfertigen.

HAUSHALTSPLÄNE DER EURO-STAATEN

EU-Kommission ermuntert **Deutschland** zu weiteren öffentlichen **Investitionen**

Erstmals seit 2002 muss sich kein Mitgliedstaat der Eurozone einem Haushaltsverfahren wegen eines übermäßigen Budgetdefizits stellen. So sinkt die durchschnittliche Schuldenlast in der Eurozone in diesem Jahr auf 86 Prozent der Wirtschaftskraft, im kommenden Jahr auf 85 Prozent. Das geht aus der jährlichen Bewertung der Haushaltsentwürfe hervor, die der für Währungsfragen zuständige EU-Kommissionsvizepräsident Valdis Dombrovskis und Währungskommissar Pierre Moscovici in Brüssel vorstellten. Mit der diesjährigen Bewertung „bestätigen wir unsere Bereitschaft zu einer flexiblen, intelligenten Anwendung unserer gemeinsamen Regeln“, sagte Moscovici.

> Dennoch warnte Kommissionsvizepräsident Dombrovskis auch vor negativen Anzeichen. So habe Europas Wirtschaft einen „scharfen Rückgang“ der Außennachfrage im produzierenden Gewerbe erleben müssen, der auf andere Bereiche der Wirtschaft überzugreifen droht, heißt es im Bericht der Kommission. Vor diesem weltwirtschaftlichen Hintergrund ermunterte die Kommission Länder wie Deutschland und die Niederlande „ihren finanziellen Spielraum“ für mehr öffentliche Investitionen zu nutzen. „Es ist nicht genug, weil Deutschland und die Niederlande mehr tun könnten. Der Handlungsspielraum ist gigantisch“, sagte Moscovici. Für Deutschland regte die EU-Kommission unter anderem weitere Investitionen in Bildung, Verkehrs- und Energieinfrastruktur, Digitalisierung und Breitbandausbau sowie auf dem Wohnungsmarkt an.

Mahnende Worte

Von „großen Unterschieden zwischen den Ländern“ sprach Dombrovskis. Er ermahnt die Eurostaaten mit „sehr hohen Schuldenquoten“ Belgien, Frankreich, Italien und Spanien den Vorteil niedrigerer Zinsen zu nutzen, um ihr Defizit zu verringern. „Das sollte Priorität haben“, sagte Dombrovskis.

In den Haushaltsentwürfen der Länder Belgien, Spanien, Frankreich, Italien, Portugal, Slowenien, Slowakei und Finnland erkannte die EU-Kommission für das kommende Jahr die Gefahr, die Kriterien des Wachstums- und Stabilitätspakts zu verfehlen. Die Budgetansätze Estlands und Litauens stimmen weitgehend mit den EU-Vorgaben überein. Deutschland, Irland, Griechenland, Zypern, Litau-

en, Luxemburg, Malta, die Niederlande und Österreich erfüllen die Vorgaben des Wachstums- und Stabilitätspaktes.

Die Eurostaaten übermitteln jedes Jahr ihre Haushaltsentwürfe vorab an die EU-Kommission nach Brüssel, welche die Budgetdaten auf ihre Vereinbarkeit mit den Stabilitätskriterien überprüft, die sich die EU-Staaten gegeben haben. Nur Frankreich droht nach Einschätzung der Kommission im kommenden Jahr die Maastricht-Defizitgrenze von 3 Prozent der Neuverschuldung bezogen auf die jährliche Wirtschaftskraft zu verfehlen.

Lob fanden Dombrovskis und Moscovici für Griechenland und dessen Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung. „Wir haben entschieden gegen den Grexit gekämpft. Die Integrität der Eurozone gerettet zu haben, ist eine der größten Leistungen dieser Kommission“, sagte der scheidende Währungskommissar Moscovici. Er ermunterte die neue EU-Kommission die Umsetzung der komplexen Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts zu vereinfachen. Als weitere Aufgaben für die Eurozone mahnte Dombrovskis die Vollendung der Bankenunion, die ESM-Reform sowie die Vollendung der Kapitalmarktunion an. (pr) >|

■ *Kommission bewertet Haushaltspläne der Euro-Staaten*

Die wirtschaftliche Situation in Europa

Stabiles Wachstum: Von der Erholung zur Expansion

Das Wachstum in der EU und der Eurozone lag in den vergangenen Jahren bei rund

2%

Die wirtschaftliche Entwicklung in der EU und der Eurozone



Die EU und die Eurozone wachsen jetzt seit

26

aufeinander folgenden Quartalen

49%

der Europäerinnen und Europäer haben eine **positive Meinung** von der aktuellen Entwicklung der europäischen Wirtschaft

Die Staatschuldenquote in der EU ging von **88,3%** (2014) auf

81,9% (2018) zurück

Das Haushaltsdefizit in der EU ging von

6,6% (2009) auf **0,7%** (2018) zurück

Quelle: EU-Kommission

UMFRAGE

Mehrheit der EU-Bürgerinnen und -Bürger sieht internationalen Handel positiv

Sechzig Prozent der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union sind der Ansicht, dass sie vom internationalen Handel persönlich profitieren. Das sind 16 Prozentpunkte mehr als zum Zeitpunkt der letzten Erhebung vor mehr als zehn Jahren. Das geht aus einer Eurobarometer-Sonderumfrage der EU-Kommission hervor.



© Delpixel / Shutterstock.com

In den vergangenen 5 Jahren hat die EU 16 neue Handelsabkommen vereinbart.

> Demnach sind ferner 71 Prozent der Befragten der Ansicht, dass die EU die Handelsinteressen ihrer Mitgliedstaaten besser verteidigt als dies die Länder in Eigenregie leisten würden, in Deutschland teilen 78 Prozent diese Meinung.

67 Prozent der Deutschen sind der Ansicht, dass sie vom internationalen Handel persönlich profitieren und 43 Prozent der Befragten meinen hierzulande, dass die EU-Handelspolitik den europäischen Export stärkt, das sind 13 Punkte mehr als der EU-Durchschnitt. Zwölf Prozent der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger geben zudem an, dass ihr Arbeitsplatz vom auswärtigen Handel der EU abhängt (EU-Durchschnitt 10 Prozent).

Insgesamt wurden 27.438 EU-Bürgerinnen und Bürger, davon 1.537 in Deutschland, für die Eurobarometer-Umfrage im Mai 2019 befragt. Der Bericht der EU-Kommission beschäftigt sich mit den Wahrnehmungen und Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger Europas zum internationalen Handel.

- > So sind 54 Prozent der Befragten der Meinung, die wichtigste Priorität der EU-Handelspolitik sollte darin bestehen, Arbeitsplätze in der EU zu schaffen.
- > Der Schutz der EU-Standards in den Bereichen Umwelt und Gesundheit ist ebenfalls zu einem wichtigen Anliegen in Europa geworden: Die Hälfte der Befragten hält dies für eine prioritäre Aufgabe. Dies sind 20 Prozentpunkte mehr als im Jahr 2010. Gleichzeitig erkennt mehr als die Hälfte der Europäerinnen und Europäer an, dass im Rahmen der EU-

Handelspolitik bereits den sozialen, ökologischen und Menschenrechte betreffenden Auswirkungen in der EU und weltweit Rechnung getragen wird.

- > Drei Viertel der Befragten stimmen darin überein, dass Regeln für den internationalen Handel notwendig sind.
- > Sechs von zehn Befragten geben an, sie vertrauen darauf, dass die EU ihre Handelspolitik in einer offenen und transparenten Art und Weise gestaltet.
- > 36 Prozent der Befragten erachten niedrige Preise als den wichtigsten Vorteil des internationalen Handels. Diese Vorteile scheinen für Befragte jüngeren Alters sowie Befragte mit einem höheren Bildungsstand und höheren Einkommen greifbarer.
- > Ein Drittel der Befragten ist der Ansicht, es sei naiv zu erwarten, dass andere Länder die Handelsregeln achten würden. Über die Hälfte sind der Meinung, die EU sollte die Einfuhrzölle für Drittstaaten oder Drittunternehmen erhöhen, die sich nicht an die internationalen Handelsregeln halten.

Die Ergebnisse der Umfrage der EU-Kommission bestätigen eine hohe Übereinstimmung zwischen den Prioritäten der Bürgerinnen und Bürger Europas und den Schwerpunkten, die im Rahmen der in den vergangenen fünf Jahren verfolgten EU-Strategie „Handel für alle“ festgelegt wurden. In diesem Zeitraum sind in der EU 16 neue Handelsabkommen in Kraft getreten.

Durch den internationalen Handel werden heute in der EU rund 36 Millionen Arbeitsplätze unterstützt, das sind fünf Millionen mehr als im Jahr 2014. Die Aspekte der Transparenz und der nachhaltigen Entwicklung sind verstärkt in den Mittelpunkt gerückt, wobei die Umwelt- und Arbeitsrechte zu einem Eckpfeiler der EU-Handelspolitik geworden sind. Durch unilaterale protektionistische Maßnahmen ist der Druck auf die EU größer geworden, aktiv zu werden und die Bürgerinnen und Bürger Europas gegen unfaire und illegal Handelsmaßnahmen anderer Parteien zu schützen. Gegenwärtig werden über 130 EU-Handelsschutzmaßnahmen angewandt, mit deren Hilfe 343.000 Arbeitsplätze in der EU gesichert werden. Die vorgestellten Daten werden auch als wichtige Grundlage für die Festlegung von Zielsetzungen und handelspolitischen Verfahren für die kommenden Jahre dienen. (pr) >|

Die Umfrage im Überblick

Handel Daten und Fakten

Allein in der EU hängen 31 Millionen Arbeitsplätze vom Export ab. Das entspricht fast jedem siebten Arbeitsplatz in Europa. Die EU-Handelsabkommen legen den Grundstein für klar geregelte, faire Handelsbeziehungen mit anderen Teilen der Welt. Prognosen sagen, dass 90 Prozent des globalen Wirtschaftswachstums in den nächsten 10 bis 15 Jahren außerhalb der EU stattfinden wird. Vor diesem Hintergrund bieten Handelsabkommen der EU mit Drittländern große Absatzchancen für die EU.

Nach Berechnungen der Europäischen Kommission würde sich das BIP der EU bei einem erfolgreichen Abschluss aller derzeitigen Freihandelsgespräche um mehr als 2 Prozent erhöhen.

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 25.11.2019 17.30–20.00 Uhr	„Stadt, Land, EU: Was bringt die Städteagenda für Berlin?“ Podiumsdiskussion Veranstalter: Europäische Akademie Berlin	Techcode Berlin Karl-Liebknecht-Straße 5 10178 Berlin	www.eab-berlin.eu/event/ stadt-land-eu-was-bringt-die- staedteagenda-fuer-berlin/
> 25.11.2019 19.00 Uhr	„State of the Union – Bilanz und Perspektiven der europäischen Integration in schwierigen Zeiten“ Diskussionsveranstaltung mit EU-Kommissar Oettinger Veranstalter: Staatskanzlei und Ministerium für Kultur Sachsen-Anhalt	Festsaal des Palais am Fürstenwall Staatskanzlei und Ministerium für Kultur Hegelstraße 42 39104 Magdeburg	https://europa.sachsen-anhalt.de/europapolitik/aktuelles/ europaforum-im-palais-mit-eu- kommissar-oettinger-am-25- november-2019-in-magdeburg/
> 26.11.2019 12.15–14.00 Uhr	„70 Jahre EBD: Diskussion der ‚Vision 2049‘“ Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Europäische Bewegung Deutschland	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10178 Berlin	www.netzwerk-ebd.de/ termine/70-jahre-ebd-diskussi- on-der-vision-2049/
> 26.11.2019 18.00 Uhr	„Bürgerdialog zur Zukunft der EU und ihre Auswirkungen auf Sachsen-Anhalt“ Europa-Gespräch mit EU-Kommissionsvertreter Jörg Wojahn Veranstalter: Europäische Bewegung Sachsen-Anhalt e.V.	Schloss Hundisburg Schloss 1 39343 Hundisburg	https://europagespraech.de/ haldensleben/?fbclid=IwAR3w HOSyedHQcZVR8AmWrvvVzBk zvj-PAhUH6SGNNFOUQ6VTEh- nEDffhrl
> 27.11.2019 12.00 Uhr	„Demokratie um 12“ Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Freie Universität Berlin, Friedrich Ebert Stiftung	Landesvertretung Rheinland-Pfalz In den Ministergärten 6 10117 Berlin	https://landesvertretung.rlp.de/ de/startseite/termine-in-berlin- virtueller-rundgang/
> 27.11.2019 18.00 Uhr	„Bürgerdialog zur Zukunft der EU und ihre Auswirkungen auf Sachsen-Anhalt“ Europa-Gespräch mit Patrick Lobis von der Europäischen Kommission Veranstalter: Europäische Bewegung Sachsen-Anhalt e.V.	Gemeindehaus der katholischen Kirche St. Josef Wallpromenade 25 39606 Hansestadt Osterburg	https://europagespraech.de/ osterburg/
> 27.11.2019 19.00 Uhr	„Afrika und die EU. Schritt für Schritt zur Partnerschaft“ Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Landeshauptstadt Düsseldorf	Heine Haus Bolkerstraße 53 40231 Düsseldorf	www.duesseldorf.de/internati- onales/veranstaltungen/veranst- altungen-detailseite/newsde- tail/afrika-und-die-eu.html
> 28.11.2019 18.30–19.30 Uhr	„30 Jahre friedliche Revolution. Die Berliner Mauer: Steine, Spuren, Erinnerungen“ Vortrag und Gespräch Veranstalter: Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Deutschland, Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland	ERLEBNIS EUROPA - Die Ausstellung im Europäischen Haus Berlin Unter den Linden 78 10117 Berlin	www.europarl.europa.eu/ germany/de/besuche-im-ep/30- jahre-friedliche-revolution-die- berliner-mauer-steine-spuren- erinnerungen
> 05.12.2019 18.00 Uhr	„RescEU: Ein Europa, das schützt! Katastrophenschutz in der EU und am Oberrhein“ Vortrags- und Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Europe Direct Karlsruhe Informationszentrum	Regierungspräsidium Karlsruhe (am Rondellplatz) Karl-Friedrich-Straße 17 76133 Karlsruhe	https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpk/PR/Seiten/Veranstaltungen.aspx
> 05.12.2019 18.30–20.30 Uhr	„Europäisch denken – zwischen Klimaschutz und europäischer Mobilität“ Diskussionsveranstaltung Veranstalter: Europäisches Informations-Zentrum Niedersachsen	Leibniz Universität Hannover Conti-Hochhaus Königsworther Platz 1 30167 Hannover.	www.eiz-niedersachsen.de/ europaisch-denken-zwischen- klimaschutz-und-europaei- scher-mobilitaet/

> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: https://ec.europa.eu/germany/news/eu-nachrichten_de

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2019

Herausgeber:

Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Jörg Wojahn
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

Regionalvertretung in Bonn:

Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

Regionalvertretung in München:

Bertha-von-Bentheim-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:

Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)
Peter Riesbeck, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski

Herstellung:

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



Haftungsausschluss:

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Vertretung in Deutschland

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook



und folgen Sie uns auf Twitter



© Europäische Kommission, 2019

ERASMUS+

Neue Projekte für 2020 gefragt

Jahr für Jahr legen Organisationen in ganz Europa tausende von Projekten vor und beantragen finanzielle Förderung im Rahmen des EU-Programms Erasmus+. Die Europäische Kommission hat jetzt den Aufruf zur Einreichung von Projektvorschlägen für Erasmus+ 2020 veröffentlicht. Das Budget für 2020 wurde um 12 Prozent erhöht und beträgt jetzt über 3 Mrd. Euro. Der ebenfalls veröffentlichte *Programmleitfaden 2020* informiert zu inhaltlichen Schwerpunkten, Rahmenbedingungen und Antragsverfahren.



Junge Europäern bekommen damit im kommenden Jahr noch mehr Möglichkeiten, im Ausland zu studieren, sich weiterzubilden oder Berufserfahrung zu sammeln. Die Kommission plant für 2020 auch ein zweites Pilotprojekt zu europäischen Universitäten.

■ *Budget für Erasmus+ erhöht*

EUROPÄISCHE BEWEGUNG DEUTSCHLAND

Frau Europas 2020 gesucht

Seit 1991 vergibt die Europäische Bewegung Deutschland e.V. (EBD) den „Preis Frauen Europas – Deutschland“ an Bürgerinnen, die durch politisches, gesellschaftliches, journalistisches oder kulturelles Engagement im Ehrenamt einen entscheidenden Beitrag zu einem starken Europa leisten. Der „Preis Frauen Europas – Deutschland“ gibt den Preisträgerinnen mit ihren Projekten eine hohe öffentliche Aufmerksamkeit und stärkt ihre politische und gesellschaftliche Rolle. Außerdem werden sie Teil eines aktiven Netzwerkes von Preisträgerinnen.



Aktuelle Preisträgerin ist die Vorsitzende der Europa-Union Sachsen e.V., Katharina Wolf. Nominierungen für den Preis Frauen Europas 2020 nimmt die EBD noch bis zum 20. Dezember entgegen.

■ *Zur Website der EBD*

EUROPÄISCHES SOLIDARITÄTSKORPS

Start der Projekttrunde für 2020

Mit dem Europäischen Solidaritätskorps können junge Menschen an Freiwilligen- oder Beschäftigungsprojekten in ihrem eigenen Land oder im Ausland teilnehmen, die Gemeinschaften und Menschen in ganz Europa zugutekommen. Jetzt können Vorschläge für die Projekttrunde 2020 eingereicht werden. Für die Unterstützung von Solidaritätsmaßnahmen stehen im Jahr 2020 voraussichtlich 117 Mio. Euro zur Verfügung. Aus Deutschland haben sich bislang 11.931 Interessenten registriert (Stand Oktober 2019).



Förderfähig sind Freiwilligenprojekte, Freiwilligenpartnerschaften, Freiwilligenteams, Praktika, Arbeitsplätze und Solidaritätsprojekte. Öffentliche und private Einrichtungen mit Sitz in den teilnehmenden Ländern, die das entsprechende Qualitätssiegel erhalten haben, können die Finanzierung von Projekten beantragen. Darüber hinaus können Gruppen von Jugendlichen, die im Portal des Europäischen Solidaritätskorps registriert sind, eine finanzielle Unterstützung für die Durchführung von Projekten in ihrer lokalen Gemeinschaft beantragen.

■ *Weitere Informationen zur Projekttrunde 2020*

ZWEITE EUROPÄISCHE FILMNACHT

EU-geförderte Filme anschauen und diskutieren

Nach einer sehr erfolgreichen ersten Ausgabe im Jahr 2018 findet vom 2. bis 6. Dezember 2019 die zweite Europäische Filmnacht statt. Im vergangenen Jahr zählten die kostenlosen Vorführungen in 34 Städten in 27 EU-Mitgliedstaaten mehr als 7.200 Besucher. Diesmal werden 54 Städte in 27 Mitgliedstaaten beteiligt sein, mehr als 14.500 Besucher sollen die Europäische Kinonacht besuchen.

In Deutschland können Kinofans kostenlos EU-geförderte Filme anschauen, z.B. am 3.12. im Dresdner Filmtheater Schauburg das Roadmovie „303“, am 5.12. im Weisshaus Kino, Köln „Les Misérables“ und am 6.12. im Cinema Paris in Berlin den Film „Portrait einer jungen Frau in Flammen“. Im Anschluss an die Vorführungen findet eine Diskussion mit einem Mitglied der Filmcrew und/oder einem Filmkritiker statt. Ausgewählt wurden die Filme von den lokalen Kinos, die zum Europäischen Kino-Netzwerk gehören.

■ *Zweite Europäische Filmnacht*